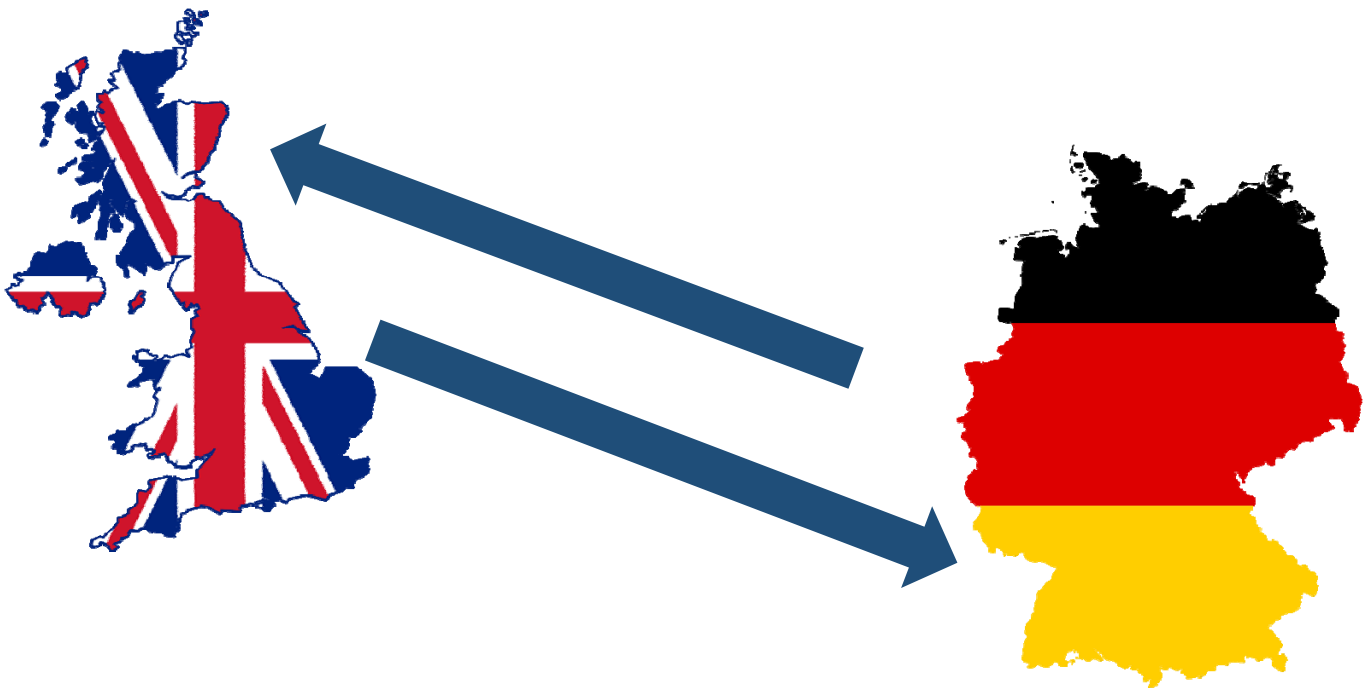


Brexit – Was ist den Unternehmen wichtig?



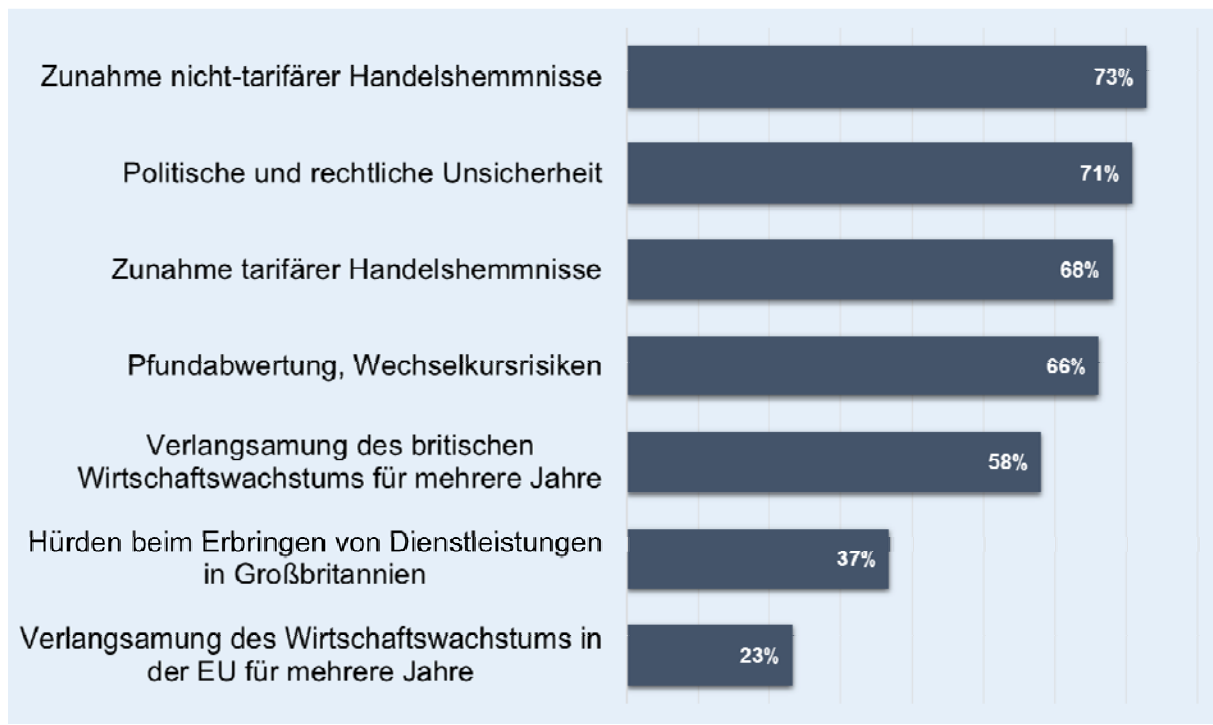
Am 23. Juni 2016 haben die Briten für den Ausstieg aus der Europäischen Union gestimmt. Unmittelbar im Anschluss an das Votum hatten die IHKs im Rahmen einer [Blitzumfrage](#) mehr als 5.600 Unternehmen um eine erste Einschätzung zu den Konsequenzen des Referendums befragt. Darauf aufbauend hat der DIHK im Spätsommer eine Abfrage bei den IHKs sowie in den besonders betroffenen Ausschüssen des DIHK durchgeführt, um ein differenziertes Bild über die Auswirkungen des Brexit auf deutsche Unternehmen zu erhalten.

Das Wichtigste in Kürze:

- Aus einzelbetrieblicher Sicht würde die große Mehrheit der deutschen Unternehmen ein Fortbestehen der geltenden Regelungen für den Austausch von Waren und Dienstleistungen anstreben. Auf der anderen Seite wollen die Unternehmen, dass der Binnenmarkt erhalten bleibt, weshalb eine für UK zu softe Lösung von vielen Unternehmen abgelehnt wird.
- Solange UK noch Mitglied der EU und damit Teil des Europäischen Binnenmarkts ist, wird der britische Markt von den deutschen Unternehmen weiter wie bisher behandelt. Der drittgrößte Abnehmer deutscher Exporte bleibt auch darüber hinaus ein attraktiver Auslandsmarkt, solange nicht Handelsschranken aufgebaut und Zölle neu erhoben werden.
- Allerdings wirkt sich schon jetzt der Verfall des Britischen Pfunds aus. Deutsche Produkte werden in UK teurer, britische Produkte in Deutschland billiger. Die mengenmäßigen Auswirkungen sind abhängig von der Preissensibilität der Produkte.
- Anders als bei ihren Ein- und Ausfuhren reagieren die Unternehmen bei Investitionsentscheidungen bereits jetzt. Dies betrifft weniger bereits im Bau oder Umsetzung befindliche Investitionsobjekte als vielmehr Investitionsplanungen, bei denen der „point of no return“ noch nicht überschritten ist.
- Der Investitionsstandort Deutschland könnte gewinnen, wenn insbesondere Unternehmen aus Drittstaaten UK als Basis für ihr Handeln innerhalb der EU den Rücken kehren.
- Die deutschen Unternehmen sehen das größte Risiko eines vollzogenen Brexit darin, dass Handelsbarrieren neu entstehen. Sie befürchten mehr Bürokratie, längere Wartezeiten und Kontrollen an den Grenzen und – damit verbunden – höhere Kosten.

Risiken aus Unternehmenssicht:

In der DIHK-Blitzumfrage unmittelbar nach dem Referendum zeigte sich eine Rangfolge der Risiken, die sich in der jetzigen Nachbefragung bestätigen.



Quelle: IHK-Blitzumfrage BREXIT, Juli 2016

Ein hohes Risiko sehen die Unternehmen durch die **Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse**, beispielsweise durch zusätzlich benötigte Dokumente und Bescheinigungen und einem damit verbundenen Zuwachs der Bürokratielasten, wenn zum Beispiel vereinheitlichte Ursprungsregeln nicht mehr gelten. Unterschiede in der Rechtssetzung können ebenfalls zu höheren Kosten und Lieferverzögerungen führen. So sind tiefgreifende Fragen über die künftige Besteuerung von Unternehmen, Waren und Dienstleistungen noch völlig offen. Auch die künftige unklare Regelung über Rechtsformen der deutschen Unternehmen im Vereinigten Königreich – bisher gilt die sogenannte „Limited“ als beliebteste Rechts- bzw. Gesellschaftsform – werden grundlegende Auswirkungen auf deutsche Unternehmen haben.

Um **politische und rechtliche Unsicherheiten** zu minimieren, hoffen deutsche Unternehmen darauf, dass die Austrittsverhandlungen möglichst zügig starten.

Als weitere Beeinträchtigung sehen die Unternehmer die **Zunahme tarifärer Handelshemmnisse**. Zölle hätten nicht nur steigende Kosten zur Folge, sondern wären auch mit zusätzlichen Wartezeiten durch Zollformalitäten verbunden.

Auch die mit dem Referendum zusammenhängenden überdurchschnittlichen **Wechselkursrisiken** in Form einer Abwertung des Pfundes bereiten den Unternehmern Sorgen. Schwankende Wechselkurse sind den Unternehmen im Geschäft mit Großbritannien allerdings nicht neu. Der gegenwärtige Wechselkurs liegt noch innerhalb der Spannweite der letzten Jahre.

Außerdem sind die Beibehaltung der Regulatorischen Zusammenarbeit und die Anwendung der vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes (freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr) von hoher Bedeutung für die Firmen. Um die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortführen zu können, ist den Unternehmen, die in UK produzieren, die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** wichtig. Die Unternehmen sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen, weshalb ein Arbeitnehmernaustausch notwendig ist. Auch der Austausch von Studenten (Erasmus-Programm) dient der qualifizierten Ausbildung und sollte beibehalten werden.

Den Unternehmen ist es ein Anliegen, dass sich die Europäische Union und die Bundesregierung für **Ausstiegsverhandlungen mit Augenmaß** einsetzen. Die Handelsbeziehungen nach dem Vorbild Norwegens könnten von Vorteil sein. Das skandinavische Land hat als Nicht-EU-Staat durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) Zugang zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Wie auch immer die künftige Kooperation gestaltet sein wird, wichtig für die Unternehmen ist in erster Linie ein freier Waren- und Dienstleistungsverkehr und die regulatorische Zusammenarbeit.

Bei den deutschen Unternehmen herrscht eine **abwartende Haltung**, die solange anhalten wird, bis wesentliche Entscheidungen getroffen sind. Der formelle Antrag zum Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die Befassung des britischen Parlaments folgt im März 2017. Die verantwortlichen Minister sind sich uneinig, ob ein Verbleib im Europäischen Binnenmarkt überhaupt erstrebenswert ist. In dieser Gemengelage ist UK als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen unattraktiv.

Bei all den negativen Auswirkungen hoffen die meisten Unternehmen darauf, dass in den anstehenden Brexit-Verhandlungen, Großbritannien und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einem **ausgewogenen Übereinkommen** finden und Handelsbarrieren möglichst vermieden werden. Zugleich betonen einige Unternehmen, dass durch eine zu generöse Behandlung des EU-Aussteigers kein Anreiz für eventuelle Austrittsbestrebungen anderer EU-Staaten gegeben werden darf. Der Europäische Binnenmarkt darf aus Sicht der Unternehmen nicht zerfasern.

Was würde ein harter Brexit für die deutsche Wirtschaft bedeuten?

Zwei Drittel der Unternehmen rechnen während der voraussichtlich zweijährigen Verhandlungsphase zumindest noch mit einem konstanten bilateralen Handel. Nach einem vollzogenen Austritt aus der EU erwartet jedoch mittelfristig rund die Hälfte der Unternehmen **sinkende Ausfuhren und einen Rückgang der Importe** aus dem Vereinigten Königreich. Folgen eines harten Brexit könnten Umsatzrückgänge und Wettbewerbsnachteile auf dem britischen Markt sein, sollten sich die Preise aufgrund des schwachen Pfunds erhöhen. Des Weiteren würden der Aufbau nicht tarifärer Handelshemmnisse, Schwierigkeiten bei Zollabwicklungen und beim Entsenden von Arbeitnehmern zu **weniger Investitionen** in das Vereinigte Königreich führen. Dabei ist noch völlig offen, ob künftig für die Entsendung von Personal weiterhin die Visafreiheit gilt.

Das Vereinigte Königreich hat als drittwichtigster Exportmarkt für Deutschland und als fünftwichtigster Handelspartner (Im- und Exporte zusammengenommen), was die große Bedeutung für die deutsche Wirtschaft verdeutlicht. Insbesondere die **KFZ-Branche** ist vom Brexit betroffen, da jedes fünfte in Deutschland produzierte Auto nach Angaben

des Branchenverbandes VDA in das Vereinigte Königreich verkauft wird. Autos deutscher Konzernmarken haben auf der Insel einen Marktanteil von gut 50 Prozent. Auch Dienstleistungen im **Finanzbereich, Forschung, die Chemieindustrie und Pharmazeutika** sowie die **Elektroindustrie, der Maschinenbau und die Luftfahrt** sind stark betroffene Branchen. Die Finanzbranche könnte von einer allgemeinen wirtschaftlich schlechteren Situation der Unternehmen betroffen sein, wenn die Nachfrage nach Unternehmenskrediten zurückgeht. Auch im Energiesektor werden die Auswirkungen des Brexit spürbar sein, da sich UK stets für einen Energiemix stark gemacht hat und den Emissionshandel beeinflusst.

Könnte die deutsche Wirtschaft von dem Brexit profitieren?

Nur wenige der befragten Betriebe sehen in dem anstehenden Austritt von UK aus der EU einen Vorteil für ihre Geschäfte. Der Einbruch der britischen Nachfrage erscheint für viele Unternehmen als potenzielle Gefahr. Allerdings sehen manche Unternehmen die Chance, dass sie, nach einem vollzogenen Brexit, in einem **geringeren Wettbewerb mit britischen Firmen** stehen könnten. Dies könnte auch darin resultieren, dass Investitionen, die vorher in UK getätigt wurden, nun in britischen Tochtergesellschaften in Deutschland investiert werden, wodurch die Beschäftigung steigen könnte. Auch mögliche Firmenverlagerungen könnten dem deutschen Markt zugutekommen, beispielsweise der **Anlageimmobilienbranche**. Insbesondere der Standort Frankfurt hofft auf eine Verlagerung von Geschäftsaktivitäten im Finanzbereich, da London als Finanzzentrum nach dem Austritt aus der Europäischen Union an Attraktivität verlieren könnte. **Finanzunternehmen** benötigen für Geschäfte in der EU auch eine selbstständige Tochterbank innerhalb der EU. Auch Düsseldorf mit der größten japanischen Community Deutschlands rechnet mit Geschäftsverlagerungen japanischer Konzerne, die derzeit noch in London ihren Sitz haben.

Wirtschaftliche Verflechtungen mit dem Vereinigten Königreich

- Das Vereinigte Königreich ist Deutschlands 5. wichtigster Handelspartner (2015: Export + Import = 127 Mrd. Euro).
- Das Vereinigte Königreich ist 3. größter Abnehmer deutscher Exporte weltweit nach den USA und Frankreich. Die deutsche Wirtschaft liefert Waren für rund 90 Mrd. Euro ins Vereinigte Königreich, insgesamt 750.000 Arbeitsplätze hängen davon in Deutschland ab.
- Wie wichtig das Vereinigte Königreich als Markt für exportierende deutsche Firmen ist, zeigt auch der große (zweitgrößte weltweit) Handelsüberschuss Deutschlands gegenüber UK: 50,9 Mrd. Euro nach den USA: 54,3 Mrd. Euro.
- Gleichzeitig ist das Vereinigte Königreich der größte Direktinvestor in Deutschland, über 200.000 Beschäftigte arbeiten bei britischen Unternehmen in Deutschland.
- Etwa 2.500 deutsche Unternehmen haben Niederlassungen im Vereinigten Königreich und beschäftigen etwa 400.000 Mitarbeiter.
- Im Vereinigten Königreich befinden sich 13 % der EU-Einwohner und 17 % der EU-Wirtschaftskraft.
- Der DIHK erwartet einen Rückgang der deutschen Exporte ins Vereinigte Königreich von 1% in 2016 und 5% in 2017.